TOP 3.6.6 „Kapitalgedeckte Zusatzpensionen auf dem Prüfstand“

Abteilung: Sozialpolitik
Teilnehmerkreis: Gewerkschafter, Betriebsräte, Pensionsexperten, Vertreter von Pensionskassen und Versicherungen, Vertreter von Pensionsvertretungen, BMASK (ca 100 Personen)
Veranstaltungsort/zeit: Arbeiterkammer Wien, BIZ, großer Saal, 20.02.2014

1. Inhalt

Vorstellung/Diskussion der im Auftrag der AK-Wien erstellten Studie „**Kapitalgedeckte Pensionssysteme – Niederlande, USA, Polen und Deutschland im Vergleich**“ (erstellt von Mag Agnes Streissler-Führer)

Nach Eröffnung durch BL Alice Kundtner wurde von A. Streissler die zentralen Studienergebnisse vorgestellt. TeilnehmerInnen an der anschließenden Podiumsdiskussion waren neben A. Streissler, Christine Mayrhuber (Wifo), Florian Blank (Hans-Böckler-Stiftung) und Josef Wöss (AK-Wien). Moderation: Martina Madner (Wirtschaftsblatt)

2. Ergebnisse

2.1. Veranstaltung

- Die (zu) hochgesteckten Erwartungshaltungen an kapitalgedeckte Zusatzpensionen wurden nirgends erfüllt → die Ertragserwartungen wurden überschätzt und die Risiken unterschätzt
- Öffentliche umlagefinanzierte Pensionssysteme sind im Vergleich in aller Regel kostengünstiger, weniger riskant und darüber hinaus auch leichter an sich ändernde Umstände anzupassen (Änderungen am Arbeitsmarkt, bei den Lebensformen, etc)
- Kapitalgedeckte Zusatzpensionssysteme können keinen vollwertigen Ersatz für öffentliche Systeme bieten. Sinnvollerweise sollte ihre Rolle als „ergänzend“ und nicht als „ersetzend“ eingestuft werden.
- Trotz gemeinsamer Bindung an den Kapitalmarkt gibt es zwischen verschiedenen Formen kapitalgedeckter Zusatzpensionssysteme erhebliche Unterschiede: insbesondere fallen bei kollektiven Betriebspensionssystemen im Regelfall wesentlich weniger Kosten an als bei Privatpensionen (weniger Vertriebs- und Werbeaufwand, etc)
- Beim Aufbau kapitalgedeckter Zusatzpensionssysteme sollten vor allem folgende Punkte beachtet werden:
 - keine unrealistischen Ertragserwartungen zugrunde legen
 - Risiken offen legen
 - Kosten transparent machen

2.2. Studie

- Eines der zentralen Motive für den Ausbau kapitalgedeckter Systeme war seit den 1980er Jahren ein „Zeitgeist“ der annahm, dass
 - auf Finanzmärkten dauerhaft ein höherer Ertrag zu erwirtschaften sei als in der Realwirtschaft
 - soziale Risiken mit der Zielsetzung „mehr Eigenverantwortung“ zunehmend individualisiert werden sollten
- Die Hoffnung, mit Hilfe kapitalgedeckter Systeme eine gute Alterssicherung bei gleichzeitiger Entlastung der öffentlichen Haushalte zu erreichen, wurde in keinem der betrachteten Länder auch nur annähernd erfüllt
- Die Erfahrungen in den untersuchten Ländern zeigen, dass durch Privatisierungen bzw die Einführung von kapitalgedeckten Pensionssystemen keine Kosten gespart werden. Im Gegenteil: Im besten Fall werden die Kosten verschoben (Verlagerung von öffentlichen zu privaten Kosten)
- Summiert man alle Kosten (von Verwaltungskosten bis hin zu Ausfalls- und Haftungskosten) auf, so kostet eine gleich hohe Pensionsabsicherung in einem kapitalgedeckten System langfristig mehr als in einem Umlagesystem
- Spätestens in der Krise wurde es in vielen kapitalgedeckten Systemen notwendig, entweder bei den Beiträgen nachzuschießen oder geringere Leistungen in Kauf zu nehmen
- In Polen, den USA und zum Teil auch in DE droht ganz erwiesenermaßen die Altersarmut
- Die Finanzkrise hat deutlich gemacht: You can't beat the market. Es gibt niemanden, der dauerhaft und systematisch überdurchschnittlich hohe Renditen erzielt

Polen: Mit einer großen „Pensionsreform“ wurden dem öffentlichen System Beiträge entzogen für den Aufbau eines kapitalgedeckten Systems. Das Experiment (beeinflusst von Reaganomics und Washington Consensus und orientiert am Modell Chile) scheint in all seinen Ambitionen gescheitert zu sein: Die öffentlichen Haushalte wurden nicht entlastet, die Pensionssicherheit wurde nicht erhöht im Gegenteil droht eine massive Altersarmut. Die Beitragszahlungen zu privaten kapitalgedeckten Systemen wurden in den letzten Jahren massiv reduziert, die aktuelle Regierung stellt das System insgesamt in Frage.

Niederlande: Die Finanzkrise und die Folgewirkungen haben den Großteil der Pensionsfonds in massive Bedrängnis gebracht. Es mussten diverse Einschnitte bei den Leistungszusagen (Anhebung des Pensionsalters, Aussetzen der Anpassung, etc) und Beitragserhöhungen vorgenommen werden. Im Frühjahr 2013 wurden in etlichen Fonds Pensionen gekürzt, in manchen Fällen um über 5 Prozent.

USA (401 k): In der Krise kam es zu Vermögenseinbrüchen in den Pensionssparplänen, viele Erwerbstätige wurden durch die Wirtschaftslage gezwungen Gelder aus den Fonds zu entnehmen (was in diesen Systemen möglich ist) oder ihre Einzahlungen weiter zu reduzieren → eine deutliche Erhöhung der Altersarmut in den kommenden Jahrzehnten scheint vorprogrammiert

Deutschland (Riester-Rente): Vermögensverluste während der Krise und die auf Dauer niedrige Zinslandschaft dürften zu massiven Enttäuschungen im Alter führen.

Teil der Studie sind auch Berechnungen der Auswirkung unterschiedlicher Veranlagungserträge, insbesondere auf den erforderlichen Beitragssatz zur Finanzierung einer bestimmten Pensionshöhe.

Beispiel: Eine Person ist mit mittlerem Einkommen zwischen dem 25. /35. und 65. Lebensjahr erwerbstätig und will eine Privatpension in Höhe von 60 % des Letztbezugs mit zwanzigjähriger Laufzeit finanzieren.

	Beginn des Pensionssparens mit 25 Jahren	Beginn des Pensionssparens mit 35 Jahren
	Höhe des erforderlichen Beitragssatzes zur Finanzierung einer Pension in Höhe von 60 % des Letztbezugs ab dem Alter 65 (20 Jahren Laufzeit)	
Zinsannahme (real) 4 %	14,1 %	20,9 %
Zinsannahme (real) 1,5 %	29,5 %	38,4 %

3. Argumentationshilfen für ArbeitnehmerInneninteressen:

- Die Behauptung, dass kapitalgedeckte Pensionssysteme insbesondere für die heute Jüngerer kostengünstiger und weniger riskant seien, ist nicht haltbar.
- Eine der zentralen Bestimmungsgrößen für die Funktionsfähigkeit jedes Pensionssystems ist der Arbeitsmarkt → es braucht eine möglichst gute Erwerbsintegration der Menschen und gute Arbeitsplätze.

TOP 3.6.6 55. Treffpunkt SVP aktuell: Leise – lauter - Lärm

Abteilung: Sicherheit, Gesundheit und Arbeit
Teilnehmerkreis: 108 Sicherheitsvertrauenspersonen
Veranstaltungsort zeit: AK Bildungszentrum der AK Wien, Großer Saal
11.2.2014, 14.00-16.30 Uhr

1. Inhalt

Leise – lauter - Lärm

In fast allen Bereichen des Lebens werden wir beschallt. Ob diese Geräusche nun als störend empfunden werden, ist von vielen Faktoren abhängig. Allgemein gilt jedoch, dass das Empfinden der Störung mit der Lautstärke zunimmt. Geräusche, die stören, gefährden oder sogar gesundheitliche Schäden verursachen können, werden als Lärm bezeichnet. Gerade weil Lärm so allgegenwärtig ist, wird sein Stellenwert im Gegensatz zu anderen Belastungsfaktoren häufig geringer eingeschätzt, als es seiner tatsächlichen Wirkung zukommt. Oftmals wird übersehen, dass Lärm krank macht.

Lärm und Gesundheit

Welche Auswirkungen Lärm haben kann, vor allem wenn man ihm über einen längeren Zeitraum ausgesetzt ist, wird oftmals unterschätzt. Nicht nur bei sehr hohen Lautstärken, sondern auch schon bei geringer aber lang andauernder bzw. ständiger Exposition, wie sie an Arbeitsplätzen oftmals vorkommt, muss mit Folgen gerechnet werden. Zu diesen gesundheitlichen Beeinträchtigungen zählen Tinnitus, Schlafstörungen, kreislaufbedingte Erkrankungen, Stress und vieles mehr. Auch bei den anerkannten Berufskrankheiten liegt die Lärmschwerhörigkeit seit Jahren mit großem Abstand an erster Stelle.

Lärm am Arbeitsplatz

Sehr häufig geht Lärm von Arbeitsmitteln aus. Arbeitgeber sind deshalb verpflichtet, eine Arbeitsplatzevaluierung durchzuführen, um mögliche Gefahren durch Lärm zu ermitteln. Rechtliche Grundlage ist die Verordnung Lärm und Vibrationen. Dieser Beitrag informiert über den Ablauf von Messungen, die Bewertung der Ergebnisse und die gesetzlichen Grenzwerte.

Lebensmittel Schall

Die Initiative „Hörstadt“ beschäftigt sich mit Akustik, Raum und Gesellschaft. Eines ihrer Ziele ist, auf die dauerhafte Beschallung in Zusammenhang mit der Arbeitsumgebung hinzuweisen. Mit dem Aufkleber „Beschallungsfrei“ können Betriebe darauf hinweisen, dass in gekennzeichneten Bereichen auf Zwangsbeschallung der ArbeitnehmerInnen und KundInnen verzichtet wird. Seit 2008 wird auch der „Zwangsbeschaller“ des Jahres „ausgezeichnet“. Das zentrale Anliegen von Hörstadt ist eine menschengerechte Gestaltung der akustischen Umwelt

Die Veranstaltung veranschaulichte, wie sich Lärm und Zwangsbeschallung auf die Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmer/innen auswirken und welche Maßnahmen präventiv zu ergreifen sind.

Alle Präsentationen der Veranstaltung sind auf der AK Homepage unter „Veranstaltungsrückblick“ zu finden.

Vorankündigung:

Der nächste Treffpunkt SVP aktuell zum Thema „Burnout“ findet am 24. Juni 2014 statt.
Veranstaltungsort: AK Bildungszentrum (BIZ), Veranstaltungsbeginn 14 Uhr